

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 6. Auflage	V
Vorwort zur 5. Auflage	VI
Inhaltsübersicht	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Literaturverzeichnis	XXI
Einleitung	1
I. Sinn und Zweck des Einigungsstellenverfahrens	1
II. Die rechtliche Funktion der Einigungsstelle	2
A. Allgemeiner Teil	6
I. Die Bildung der Einigungsstelle	6
1. Anrufung der Einigungsstelle	6
2. Antragsbefugnis	7
a) Freiwilliges Einigungsstellenverfahren	7
b) Erwingbares Einigungsstellenverfahren	8
3. Voraussetzungen der Anrufung der Einigungsstelle	9
4. Die einvernehmliche Einsetzung der Einigungsstelle	9
5. Die gerichtliche Einsetzung der Einigungsstelle	10
II. Das Einsetzungsverfahren vor dem Arbeitsgericht	11
1. Antragsformulierung	11
2. Verkürzte Fristen	13
3. Verfahrensregeln	13
4. Offensichtliche Unzuständigkeit	16
5. Der Ausgang des Verfahrens	19
6. Rechtsmittel	20
7. Beschwerdeverfahren	21
III. Die Zusammensetzung der Einigungsstelle	22
1. Der unparteiische Vorsitzende	23
a) Notwendige Eigenschaften eines Einigungsstellenvorsitzenden	23
b) Sonstige Kriterien für die Bestellung zum Vorsitzenden	25
c) Die betriebliche Auswahl des Einigungsstellenvorsitzenden	26
d) Die Bestellung des Vorsitzenden durch das Arbeitsgericht	27
2. Beisitzer	29
a) Die notwendigen Eigenschaften von Beisitzern	29
b) Bestellung der Beisitzer	30
aa) Zeitpunkt der Benennung der Beisitzer	31
bb) Ersatzbeisitzer	32
c) Anzahl der Beisitzer	32
aa) Einvernehmliche Festlegung der Anzahl der Beisitzer	33

bb)	Gerichtliche Festsetzung der Anzahl der Beisitzer	33
3.	Die Rechtsstellung der Mitglieder der Einigungsstelle	35
a)	Rechtsstellung des Einigungsstellenvorsitzenden	35
b)	Rechtsstellung der Beisitzer	36
c)	Haftung der Mitglieder der Einigungsstelle.	37
IV.	Das eigentliche Verfahren vor der Einigungsstelle	39
1.	Allgemeine Verfahrensgrundsätze.	39
2.	Elementare Grundsätze des Einigungsstellenverfahrens	41
a)	Der Grundsatz des rechtlichen Gehörs	41
b)	Der Grundsatz der Mündlichkeit	43
c)	Der Grundsatz der Unmittelbarkeit	44
d)	Öffentlichkeit	44
e)	Abstimmungsverfahren	46
3.	Die Einleitung des Einigungsstellenverfahrens.	47
a)	Antrag auf Einleitung des Einigungsstellenverfahrens	47
b)	Beginn des Verfahrens und Ladung der Betriebsparteien.	48
c)	Vorbereitende Handlungen.	51
aa)	Sitzungstermin	51
bb)	Sitzungsort	52
cc)	Zeugen und Sachverständige.	52
dd)	Weitere Unterlagen	53
4.	Der eigentliche Verfahrensablauf	54
Vorbemerkung A./IV./4.	54	
a)	Verhandlungsleitung	54
b)	Die Konstituierung der Einigungsstelle.	57
c)	Feststellung der Vertretung der Betriebsparteien	59
d)	Protokollführung	60
e)	Zuständigkeit – Aussetzung des Einigungsstellenverfahrens.	62
f)	Eingangsstellungnahmen und Informationsphase	66
aa)	Eingangsstellungnahmen.	66
bb)	Klärung des Informationsbedarfs	67
cc)	Ortsbesichtigung.	69
dd)	Fundamentalopposition	69
g)	Verhandlungsphase	70
aa)	Noch erheblicher offener Informationsbedarf	70
bb)	Kein erheblicher offener Informationsbedarf.	71
cc)	Beweisaufnahme	71
h)	Befangenheitserklärungen	75
aa)	Besorgnis der Befangenheit eines Beisitzers	75
bb)	Besorgnis der Befangenheit des Vorsitzenden	76
V.	Beendigung des Einigungsstellenverfahrens (Entscheidungsphase)	78
Vorbemerkung A./V.	78	
1.	Vertagung	79
2.	Die Einigung	79
3.	Der Spruch	81

a)	Einvernehmlicher Spruch	81
b)	Formelle Anforderungen an einen streitigen Spruch	82
c)	Inhaltliche Anforderungen an einen streitigen Spruch	89
aa)	Meinungsverschiedenheiten in Rechtsfragen	89
bb)	Meinungsverschiedenheiten in Regelungsstreitigkeiten	91
d)	Vorläufige Regelung in Eilfällen	95
4.	Beendigung durch Antragsrücknahme	96
5.	Das Versäumnisverfahren	97
VI.	Gerichtliche Streitigkeiten um den Spruch der Einigungsstelle	98
1.	Zuständigkeit der Gerichte für Arbeitssachen	99
a)	Kollektivrechtliche Streitigkeiten	99
b)	Individual-rechtliche Streitigkeiten	100
2.	Einzelheiten der gerichtlichen Überprüfung des Spruchs	100
a)	Überprüfung des Einigungsstellenspruchs in Rechtsfragen	101
b)	Überprüfung des Einigungsstellenspruchs in Regelungsfragen	101
aa)	Rechtsfehler	102
bb)	Ermessensfehler	103
3.	Rechtsfolgen der Anfechtung eines Einigungsstellenspruchs	105
VII.	Sonderfälle	106
1.	Einigungsstelle und Insolvenz	107
2.	Freiwilliges Einigungsstellenverfahren	107
3.	Tarifliche Schlichtungsstelle	110
VIII.	Die Kosten des Verfahrens vor der Einigungsstelle	113
	Vorbemerkung A./VIII..	113
1.	Allgemeines	114
2.	Einzelheiten des § 76a BetrVG	115
a)	Vergütung für betriebsangehörige Beisitzer	116
b)	Vergütung der anderen Mitglieder der Einigungsstelle	117
c)	Aufwendunguersatz	123
3.	Umfang der Kostentragungspflicht des Arbeitgebers	123
a)	Ansprüche des unparteiischen Vorsitzenden	124
aa)	Einmaliges Pauschalhonorar	125
bb)	Sitzungstagpauschalen	126
cc)	Vergütung nach Stundensätzen	127
b)	Ansprüche der Beisitzer	131
c)	Kosten der Vertretung des Betriebsrats vor der Einigungsstelle durch einen Rechtsanwalt	135
d)	Sonstige Sachkosten des Einigungsstellenverfahrens	139
aa)	Kosten durch die Sitzung der Einigungsstelle	139
bb)	Kosten eines Sachverständigengutachtens	139
cc)	Kosten durch die Vernehmung von Zeugen	140
4.	Zahlungsverweigerung des Arbeitgebers	140
a)	Mahnung	140
b)	Gerichtliche Geltendmachung der persönlichen Kosten	141
c)	Honorardurchsetzungskosten	141

B Besonderer Teil – Die einzelnen Mitbestimmungssachverhalte –Kurz-kommentierung mit praktischen Hinweisen	143
I. §§ 37 Abs. 6 u. 7; 65 Abs. 1 BetrVG: Die Freistellung von Betriebsratsmitgliedern sowie Jugend- und Auszubildendenvertretern für Schulungs- und Bildungsveranstaltungen	143
II. §§ 38 Abs. 2 BetrVG: Die (ständige) Freistellung von Betriebsratsmitgliedern	148
III. §§ 39 Abs. 1, 69 BetrVG: Die Einrichtung von Sprechstunden für den Betriebsrat und die Jugend- und Auszubildendenvertretung	151
IV. §§ 47 Abs. 6, 72 Abs. 6, 55 Abs. 4 BetrVG: Die Festlegung der Zahl der Mitglieder des Gesamtbetriebsrats, der Gesamt-Jugend- und Auszubildendenvertretung sowie des Konzernbetriebsrats	154
V. § 85 Abs. 2, § 86 BetrVG: Verfahren über die Beschwerde eines Arbeitnehmers	158
VI. § 87 Abs. 2 BetrVG: Soziale Angelegenheiten	162
1. § 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG: Fragen der Ordnung des Betriebes und des Verhaltens der Arbeitnehmer im Betrieb	168
a) Ordnungsverhalten	168
b) Arbeitsverhalten	174
c) Betriebsbußenordnung	175
2. § 87 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG: Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit einschließlich der Pausen sowie Verteilung der Arbeitszeit auf die einzelnen Wochentage	177
3. § 87 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG: Vorübergehende Verkürzung oder Verlängerung der betriebsüblichen Arbeitszeit	184
4. § 87 Abs. 1 Nr. 4 BetrVG: Zeit, Ort und Art der Auszahlung der Arbeitsentgelte	188
5. § 87 Abs. 1 Nr. 5 BetrVG: Aufstellung von Urlaubsgrundsätzen und -plänen sowie Gewährung von Urlaub in Einzelfällen	191
7. § 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG: Arbeitssicherheit, Gesundheits- und Unfallschutz	203
7a. § 9 Abs. 3 Satz 2 ASiG, § 22 SGB VII: Bestellung und Abberufung von Betriebsärzten, Fachkräften für Arbeitssicherheit und Sicherheitsbeauftragten	212
8. § 87 Abs. 1 Nr. 8 BetrVG: Form, Ausgestaltung und Verwaltung von Sozialeinrichtungen	217
9. § 87 Abs. 1 Nr. 9 BetrVG: Zuweisung und Kündigung von Wohnräumen, die den Arbeitnehmern mit Rücksicht auf das Bestehen eines Arbeitsverhältnisses vermietet werden, sowie die allgemeine Festlegung der Nutzungsbedingungen	222
10. § 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG: Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, insbesondere die Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen und die Einführung und Anwendung von neuen Entlohnungsmethoden sowie deren Änderung	225
11. § 87 Abs. 1 Nr. 11 BetrVG: Festsetzung der Akkord- und Prämiensätze und vergleichbarer leistungsbezogener Entgelte, einschließlich der Geldfaktoren	234
12. § 87 Abs. 1 Nr. 12 BetrVG: Grundsätze über das betriebliche Vorschlagswesen	239

13. § 87 Abs. 1 Nr. 13 BetrVG: Grundsätze über die Durchführung von Gruppenarbeit	243
VII. § 91 BetrVG: Verstoß gegen die gesicherten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse über die menschengerechte Gestaltung der Arbeit	244
VIII. § 94 BetrVG: Personalfragebogen, Formulararbeitsverträge und Beurteilungsgrundsätze	249
IX. § 95 Abs. 1 und 2 BetrVG: Auswahlrichtlinien bei Einstellungen, Versetzungen, Umgruppierungen und Kündigungen	256
X. § 97 BetrVG: Einrichtungen und Maßnahmen der Berufsbildung	261
XI. § 98 BetrVG: Durchführung betrieblicher Bildungsmaßnahmen	264
XII. § 102 Abs. 6 BetrVG: Erweitertes Mitbestimmungsrecht bei Kündigungen	269
XIII. § 109, 109a BetrVG: Auskunftserteilung an den Wirtschaftsausschuss	273
XIV. §§ 111, 112 Abs. 2 und 3 BetrVG: Interessenausgleich bei Betriebsänderungen	278
1. Betriebsänderungen	279
2. Interessenausgleich bei Betriebsänderungen	289
3. Interessenausgleich in der Insolvenz	295
4. Namensliste zum Interessenausgleich bei Personalabbau	298
XV. § 112 Abs. 4 und 5 sowie § 112a BetrVG: Sozialplan bei Betriebsänderungen	304
1. Grundsätze	304
2. Das Verfahren	310
3. Der Geltungsbereich des Sozialplans	312
a) Der gegenständliche Geltungsbereich	312
b) Der räumliche Geltungsbereich	312
c) Der zeitliche Geltungsbereich	312
d) Der persönliche Geltungsbereich	313
4. Der Inhalt des Sozialplans	316
a) Abfindungen	317
aa) Ausschließliche Verwendung von Geldfaktoren	319
bb) Das Punktesystem	320
cc) Die Berechnungsformel	321
b) Ausgleichszahlungen	322
c) Förderungsmöglichkeiten nach dem SGB III	323
d) Sonstige Sozialplanregelungen	328
aa) Vorabefüllung an sich noch nicht fälliger Ansprüche	328
bb) Betriebliche Altersversorgung	329
cc) Arbeitgeberdarlehen	329
dd) Fahrtkosten bei Betriebsverlegung	330
ee) Zahlung von Umzugskosten oder Wohnungsbeschaffung	330
ff) Das Belassen von Werks- und Werkwohnungen	331
gg) Umschulungs- und Fortbildungsmaßnahmen	331
hh) Angebot eines neuen Arbeitsplatzes	331
ii) Auszubildende	332
jj) Schwerbehinderte Menschen	333
kk) Härtefonds	333
ll) Streitschlichtungsmechanismen	334

5.	Tendenzbetriebe und Sozialplan	335
6.	Einschränkung der Erzwingbarkeit eines Sozialplans (§ 112a BetrVG)	335
a)	Neugegründete Unternehmen	336
b)	Ausschließlicher Personalabbau	337
7.	Der Sozialplan in der Einigungsstelle (§ 112 Abs. 5 BetrVG)	338
a)	Sozialplanvolumen und wirtschaftliche Vertretbarkeit	339
b)	Gegebenheiten des Einzelfalles	343
c)	Aussichten auf dem Arbeitsmarkt und Weiterbeschäftigungsmöglichkeit	344
d)	Förderungsmöglichkeiten nach dem SGB III	345
8.	Kündigung und Abänderung von Sozialplänen	345
9.	Der Sozialplan in der Insolvenz (§§ 123, 124 InsO)	348
10.	Verhältnis Sozialplan – Nachteilsausgleich nach § 113 BetrVG	353
XVI.	§ 115 Abs. 7 Nr. 2 BetrVG: Meinungsverschiedenheiten zwischen Kapitän und Bordvertretung	358
XVII.	§ 116 Abs. 3 Nrn. 2, 4 und 8 BetrVG: Der Seebetriebsrat	360
1.	Die Beschäftigung nicht freigestellter Seebetriebsratsmitglieder (§ 116 Abs. 3 Nr. 2 BetrVG)	360
2.	Der Unterkunftsanspruch des Seebetriebsratsmitglieds (§ 116 Abs. 3 Nr. 4 BetrVG)	360
3.	Abhaltung außerordentlicher Sprechstunden und Bordversammlungen (§ 116 Abs. 3 Nr. 8 BetrVG)	361
C.	Anhang – Beispiele für die Praxis des Einigungsstellenverfahrens	363
Vorbemerkung C.	363	
1.	Beschlussfassung des Betriebsrats an den Arbeitgeber über das Scheitern der Verhandlungen und die Anrufung der Einigungsstelle	364
2.	Schreiben des Betriebsrats an den Arbeitgeber über das Scheitern der Verhandlungen und die Anrufung der Einigungsstelle	365
3.	Gemeinsames Schreiben des Betriebsrats und des Arbeitgebers über die Anrufung und Zusammensetzung einer Einigungsstelle an die Einigungsstellenvorsitzende	366
4.	Antragsformulierung zur Einsetzung einer Einigungsstelle an das Arbeitsgericht	367
5.	Typischer arbeitsgerichtlicher Vergleich im Bestellungsverfahren nach § 98 ArbGG	368
6.	Beschlussfassung des Betriebsrats über die Bestellung der Beisitzer	369
7.	Mitteilung der Beisitzer und Empfangsvollmacht an den Vorsitzenden	370
8.	Anfrage des Einigungsstellenvorsitzenden an Tarifvertragsparteien	371
9.	Anfrage des Einigungsstellenvorsitzenden an Bundesdatenschutzbeauftragten	372
10.	Einleitendes Schreiben des Einigungsstellenvorsitzenden	373
11.	Allgemeines Protokoll einer Einigungsstellensitzung	376
12.	Protokoll einer Einigungsstellensitzung mit Abstimmung über Zuständigkeit	378
13.	Spruch der Einigungsstelle über Unzuständigkeit	380
14.	Einladung der Agentur für Arbeit zur Einigungsstelle	382

15. Auszug aus einem Protokoll der Einigungsstelle mit Sondersitzung des Betriebsrats	383
16. Auszug aus einem Protokoll der Einigungsstelle mit einvernehmlichem Spruch	384
17. Auszug aus einem Protokoll der Einigungsstelle mit Abstimmungsmarathon	385
18. Protokoll der Einigungsstelle mit »Säumnisspruch«	388
19. Antragsformulierung zur Anfechtung eines Spruchs der Einigungsstelle	389
20. Anrufung einer freiwilligen Einigungsstelle mit Vorab-Unterwerfung	390
21. Mahnung bei nicht gezahltem Honorar	391
22. Antragsformulierung zur gerichtlichen Geltendmachung eines Honorars	393
23. Protokoll einer Einigungsstelle zu einer Arbeitnehmerbeschwerde (§ 85 BetrVG)	394
24. Spruch einer Einigungsstelle zum Tragen von Werksausweisen (§ 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG)	396
25. Betriebsvereinbarung über eine elektronische Schließanlage (§ 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG)	398
25.1 Spruch zum betrieblichen Eingliederungsmanagement (§ 87 Abs. 1 Nr. 1 BetrVG)	402
26. Protokoll mit Spruch zur konkreten Schichtbesetzung (§ 87 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG) und Koppelungsgeschäft	407
27. Spruch der Einigungsstelle zu Grundsätzen der Dienstplanung, Überstunden und Grundsätzen der Urlaubsplanung in einem Seniorenheim (§ 87 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 5 BetrVG)	409
28. Einvernehmliche Betriebsvereinbarung flexible Arbeitszeit mit Ampelkonto im Einzelhandel mit Gartenabteilung (§ 87 Abs. 1 Nr. 2 BetrVG)	416
29. Spruch der Einigungsstelle über Mehrarbeit bei Schichtverlegung und bei Sonntagsöffnung (§ 87 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG)	426
30. Betriebsvereinbarung über Zeit, Ort und Art der Auszahlung der Arbeitsentgelte (§ 87 Abs. 1 Nr. 4 BetrVG)	428
31. Spruch der Einigungsstelle über Urlaubsgrundsätze in kleinen Einzelhandelsfilialen (§ 87 Abs. 1 Nr. 5 BetrVG)	429
32. Betriebsvereinbarung über ein Zeiterfassungssystem (§ 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG)	433
33. Betriebsvereinbarung über eine Recruitmentsoftware (§ 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG)	438
34. Betriebsvereinbarung über ein Lohn- und Gehaltsabrechnungssystem (§ 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG)	442
34.1 Zwischenvereinbarung im Rahmen einer Einigungsstelle zur Gefährdungsbeurteilung (§ 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG)	446
34.2 Fachkraft für Arbeitssicherheit und Betriebsarzt (DGUV-V 2) (§ 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG)	449
35. Betriebsvereinbarung über eine monatliche Leistungsvergütung (§ 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG)	452
36. Betriebsvereinbarung über eine Vergütungsstruktur bei einem Weiterbildungunternehmen (§ 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG)	458
37. Betriebsvereinbarung über Bonuszahlung mit Zielvereinbarung (§ 87 Abs. 1 Nr. 10 BetrVG)	461
38. Betriebsvereinbarung über Auswahlrichtlinien bei betriebsbedingten Kündigungen (§ 95 Abs. 1 BetrVG)	467

Inhaltsverzeichnis

39. Einigungsstellenspruch über Unzuständigkeit der Sozialplaneinigungsstelle bei Betriebsübergang (§ 112 Abs. 4 BetrVG)	471
40. Rahmen-Interessenausgleich (§ 112 Abs. 3 BetrVG)	472
41. Abfindungssozialplan mit Punktetabelle (§ 112 Abs. 4 BetrVG)	478
42. Einigungsstellenspruch über Abfindungs- und Transfersozialplan (§ 112 Abs. 4 BetrVG)	482
43. Sozialplan – Ausgleichsleistungen bei an sich unzumutbarer Weiterbeschäftigung nach Betriebsverlagerung ins Ausland	489
44. Sozialplan – Zumutbarkeitskriterien für Weiterbeschäftigung (§ 112 Abs. 4 BetrVG)	490
Stichwortverzeichnis	491